

«Himmeltraurig, wie es um Informationsfluss steht»

Nidau In der Gemeinde würden zu viele Ausländer wohnen, die während Jahren von der Sozialhilfe leben, sagt die SVP Nidau. Sie möchte, dass die Fluchtgründe und das Reiseverhalten besser überprüft werden. Die anderen Parteien sind geteilter Meinung.

Carmen Stalder

«Ist der Fall Abu Ramadan in Nidau eine Ausnahme oder die Regel?», fragte sich der Nidauer SVP-Stadtrat Oliver Grob – und reichte im September beim Gemeinderat eine ähnlich lautende Interpellation ein. Zur Erinnerung: Ende August wurde der Fall des in Nidau wohnhaften Abu Ramadan bekannt, der mit islamischem Radikalismus in Verbindung gebracht wurde. Von 2004 bis Anfang 2017 bezogen er und seine Familie Sozialhilfe im Gesamtbetrag von rund 600 000 Franken.

«Der Fall Ramadan hat der Öffentlichkeit die Augen geöffnet, wie viel Sozialhilfe die Stadt Nidau in den letzten 13 Jahren einem islamistischen Hassprediger, bei dem jegliche Integration gescheitert ist, ausbezahlt hat», schrieb Grob in seiner Interpellation. Folglich wollte er wissen, wie viele weitere Sozialhilfebezügler in Nidau leben, die insgesamt schon mehr als 50 000 Franken bezogen haben – aufgeschlüsselt unter anderem nach deren Nationalität. Auch wollte er wissen, wie kooperativ die Bezüger sind, wenn es darum geht, sich in die

Arbeitswelt zu integrieren. Denn der SVP sind vor allem die ausländischen Sozialhilfeempfänger ein Dorn im Auge, «die über Jahre in erheblichem Ausmass auf Kosten der Steuerzahler leben».

Kooperation unterschiedlich

In der Antwort des Gemeinderates heisst es, dass seit dem Jahr 2000 1887 Sozialhilfe-Dossiers erfasst wurden. Darunter verbleiben 186 Dossiers mit 393 Personen, die über 50 000 Franken bezogen haben und heute noch aktiv sind. Ein Grossteil der restlichen Fälle hat weniger als die genannte Summe bezogen oder ist heute abgeschlossen.

Drei Viertel der knapp 400 Sozialhilfebezügler stammen aus dem Ausland, über die Hälfte davon aus dem afrikanischen Kontinent oder dem Nahen Osten. Die Kooperationsbereitschaft für die Integration in den Arbeitsmarkt gibt der Gemeinderat bei 33 Prozent der Dossiers als hoch an, bei 42 Prozent als mittelmässig und bei 7 Prozent als tief. Bei den verbleibenden 18 Prozent könne die Kooperationsbereitschaft nicht beurteilt werden, da diese Personen beispielsweise mehrfachbe-

hindert seien und somit nicht arbeiten könnten.

Dass Letztere Sozialhilfe beziehen, bereitet Grob keine Mühe. Kein Verständnis hat er hingegen für Bezüger, «die fähig sind zum Arbeiten, aber keinen Willen zeigen». In diesen Fällen plädiert er dafür, «die Schraube anzuziehen» und die Unterstützungsgelder allenfalls zu kürzen. «Mit der Sozialhilfe soll man überleben können, sich aber kein ausschweifendes Leben finanzieren», so Grob.

«Teure Fälle sind Ausnahmen»

Für die SVP zeigt die Antwort des Gemeinderates, dass in Nidau «zahlreiche Ausländer über Jahre in erheblichem Ausmass auf Kosten der Steuerzahler leben». Weiter seien die Zahlen ein Beweis dafür, dass Ramadan kein Einzelfall ist – gebe es doch weitere Dossiers, die umgerechnet bis zu 200 000 Franken Sozialhilfe pro Person bezogen haben. Allerdings schreibt der Gemeinderat, dass die Kosten pro Person mit Vorsicht zu interpretieren seien – handle es sich hierbei doch nur um einen theoretischen Annäherungswert.

In der von der SVP verschickten Mitteilung steckt ein Wider-

spruch: Einerseits schreibt sie, dass Ramadan kein Einzelfall sei. Andererseits heisst es, dass «kein einzelner Fall die exorbitanten Summen des Herrn Ramadan» erreiche. Im Schnitt werden in der Schweiz pro Person unter 10 000 Franken pro Jahr ausbezahlt, sagt Babette Neukirchen, stellvertretende Generalsekretärin der Bieler Direktion Soziales und Sicherheit. «Teure Fälle sind Ausnahmen, die es leider überall gibt oder geben kann – auch in der Stadt Biel».

Was die SVP Nidau besonders stossend findet, ist der Fakt, dass von Bund und Kanton verfügte Wechsel des Aufenthaltsstatus nicht an die Gemeinden gemeldet werden. So wurde der Stadt Nidau nicht mitgeteilt, dass Abu Ramadan der Asylstatus entzogen worden war. «Es ist himmeltraurig, wie es um den Informationsfluss steht», sagt Grob.

An der letzten Stadtratssitzung hat Grob nun ein Postulat eingereicht, das eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund, Kanton und Gemeinden fordert. Er möchte zudem, dass kantonale Stellen die Fluchtgründe und das Reiseverhalten der in Nidau lebenden ausländischen Sozialhil-

febezügler aktiv überprüfen und folglich entscheiden, ob der Asylstatus oder die vorläufige Aufnahme noch gerechtfertigt sind. «Da die kantonalen Stellen diese Punkte aus meiner Sicht nicht mit der nötigen Eigeninitiative wahrnehmen, möchte ich den Gemeinderat um seine aktive Bemühung zur Erreichung der genannten Ziele bitten», schreibt Grob.

Situation nicht befriedigend

Was sagen die anderen Parteien zu den Forderungen der SVP? Was das Reisen anbelangt, teilt EVP-Präsident Philippe Messerli die Meinung von Grob: «Wenn anerkannte Flüchtlinge in ihr Heimatland reisen, sollte der Asylstatus aufgehoben und die Ausweisung aus der Schweiz verfügt werden.» Thomas Spycher (FDP), Fraktionspräsident der Bürgerlichen, sagt: «Die Situation ist in Nidau mit einer der höchsten Sozialhilfequoten der Schweiz alles andere als befriedigend. Der Bund und der Kanton sollten viel mehr unternehmen.» Auch die BDP übt Kritik: «Wir finden es befremdlich, dass die Stadt Nidau über Jahre Sozialhilfegeld auszahlt, ohne zu kontrollieren, ob bei den

Betroffenen eine Integration stattfindet oder nicht», sagt BDP-Stadträtin Tamara Münger.

Die SP wendet hier ein, dass die Integration von ausländischen Sozialhilfeempfängern zum Teil schwierig sei, etwa weil das Bildungsniveau fehler oder keine Berufsausbildung vorhanden sei. «Die Möglichkeiten zur Beschäftigung müssen den Fähigkeiten der Sozialhilfeempfänger angepasst werden», sagt SP-Präsident und Stadtrat Kurt Schwab. Die Sozialen Dienste würden aber gute Arbeit leisten und mit den Möglichkeiten arbeiten, die sie haben.

Auch PRR-Stadtrat Jean-Pierre Dutoit attestiert den Sozialen Diensten seiner Gemeinde korrektes Verhalten. «Die Problematik liegt eher beim Midi (Migrationsdienst des Kantons Bern, Anm. d. Red.)», sagt er. Für die Grünen ist klar: «Der Sozialdienst soll seine wertvolle Arbeitszeit weiterhin in die Beratung der Sozialhilfeempfänger investieren und nicht in sinnlose repressive Massnahmen», sagt Stadträtin Esther Kast.

Interpellation, Postulat und weitere Antworten der Parteien unter www.bielertagblatt.ch/Sozialhilfe

«Ich hätte gerne die begonnenen Projekte erledigt»

Erlach Hans Rudolf Stüdeli (parteilos) ist als Gemeindepräsident von Erlach abgewählt worden. Das BT hat sich im Steddi umgehört und diverse Gründe für seine Abwahl ausgemacht.

Kurz nach seiner Pensionierung stellte sich der langjährige Erlacher Gemeindevorstand Hans Rudolf Stüdeli vor vier Jahren als Gemeindepräsident zur Verfügung. Dies war für viele gewöhnungsbedürftig, aber doch nachvollziehbar, denn es wollte sich kein anderer Kandidat zur Wahl stellen. Selber parteilos, wurde Stüdeli damals von der FDP portiert und dann auch in stiller Wahl gewählt.

Damit war in der Exekutive eine minimale Kontinuität gesichert, die Stüdeli ein grosses Anliegen und der Grund für seine Kandidatur gewesen war. Mit einer Ausnahme waren nämlich alle Bisherigen nicht mehr angetreten. Und so setzte sich das siebenköpfige Gremium nach der Wahl vollständig aus neuen, teils jungen und unerfahrenen Leuten zusammen. Als Retter in der Not gewann Stüdeli damals die Sympathien vieler.

Führungsschwäche beklagt

Dieses Bonus verlor er aber mehr und mehr. So heisst es, es sei ihm nicht gelungen, den Gemeinderat zu führen und zu einer Einheit zu formen. Als Höhepunkt der ihm vorgeworfenen Führungsschwäche wird die vorzeitige Demission von Vize-Gemeindepräsidentin Nadja Günthör (SVP) gewertet.

Viele kritisieren Stüdeli auch für den Kredit von 50 000 Franken, der den Organisatoren des 1. Lakeland-Festivals à fonds perdu gewährt wurde. Dies, obwohl diesem Betrag an der Gemeindeversammlung mit der Annahme des Budgets zugestimmt worden war. Auch für die viel zu lange dauernden Bauarbeiten im Märli und am Breitenweg wird Stüdeli verantwortlich gemacht. Selbst, dass er sich gegen den Besitz eines Handys gewehrt hat, wird ihm übel genommen. So meint eine Frau: «Das zeigt doch, dass er gar nicht erreichbar sein wollte.»

Zwei Gegenkandidaten

Die weitverbreitete Unzufriedenheit führte schliesslich dazu, dass die SVP mit Martin Züllli und Pro Erlach mit Petra Frommert eigene Kandidaten lancierten. Auch hat die FDP Stüdeli diesmal

nicht mehr unterstützt. Man habe ihn vor vier Jahren portiert, «um den Aufbau neuer Kandidaturen zu ermöglichen», sagt Parteipräsidentin Eveline Gugger Bruckdorfer. Dieses Ziel sei erreicht.

Bei den Wahlen ist Stüdeli weit abgeschlagen auf dem dritten Platz gelandet. So sind für den zweiten Wahlgang am 17. Dezember nur seine beiden Konkurrenten zugelassen. «Ich hätte gerne die begonnenen Projekte erledigt», sagt Stüdeli. Dazu gehören der Kauf des Amthauses, ein neues Parkhaus, das längst fällige Altersheim oder verschiedenen Schulhaussanierungen. Trotz aller Kritik finden indes viele, dass Stüdeli einen besseren Abgang verdient hätte. *Lotti Studer*

Die BT-Wahlberichterstattung unter www.bielertagblatt.ch/wahlen-erlach



Kulturpreis 2017 im Gaskessel überreicht

Biel Gestern Abend hat der Lyriker Rolf Hermann im Gaskessel mit 10 000 Franken dotierten Bieler Kulturpreis erhalten (siehe Porträt im BT vom Montag). Geehrt wurde zudem das Festival «Ear We Are» für kulturelle Verdienste. Marynelle Debé-

taiz, Leiterin der Spectacles français, verabschiedete im Namen der Bieler Kulturszene die nach 15 Jahren scheidende Kulturdelegierte der Stadt Biel, Eszter Gyarmathy. Ein Apéritif mit Musik schloss den Anlass ab. *mt/Bild: Frank Nordmann*

Reklame

JETZT MIT DER ABOCARD PROFITIEREN



Peter Travaglini war regional und national einer der bedeutendsten Künstler der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts. An internationalen Ausstellungen (u. a. Berlin, Bochum, Frankfurt, Mailand, Venedig, New York) fand er grosse Beachtung. Der Autor **Peter Killer** beschreibt Travaglinis Werdegang vom Frühwerk zur Pop Art, seine Malerei und Kunst für öffentliche und industrielle Auftraggeber.

Die Monografie der **edition TRAVAMAERK** über den Maler, Plastiker und Graphiker Peter Travaglini zeigt ausgewählte Werke aus fast 70 Jahren Schaffenszeit.

Bieler Tagblatt
Vollständig informiert.

Weitere Autoren geben Einblicke ins Kunstverständnis, in die graphischen Arbeiten, Ausstellungenstätigkeit und Biografie des Künstlers.

Monografie für Fr. 38.–* statt Fr. 48.– oder Monografie plus ein auf 30 Ex. limitierter und signierter sechsfarbiger Steindruck von Peter Travaglini für Fr. 325.–** statt Fr. 408.–.



PROFITIEREN SIE VON EINEM RABATT MIT DER ABOCARD

Senden Sie Ihre Bestellung mit Vornamen, Namen, Adresse & Abocard-Nr. bis spätestens 15.12.2017 per E-Mail an bielhaus@gassmann.ch oder per Postkarte an Falter Tagblatt, z. Hd. Fred Althaus, Abocard Travaglini, Längfeldweg 135, 2501 Biel

* plus Versandkosten und MwSt. (total Fr. 8.–)
** Abholung am Längfeldweg 135, 2501 Biel

20%

Rabatt

mit der Abocard

